

**Gentherapien:** Viele Aktien wurden abgestraft. Ein guter Einstiegspunkt, doch es lauern Gefahren ..... 5

**Sika:** Steigende Rohstoffpreise belasten die Bruttomarge. Rekorde purzeln trotzdem wieder ..... 6

**Schindler:** Der Aufzugs- und Fahrstufenhersteller gerät an vielen Fronten unter Druck ..... 6

**Rieter:** Der Spinnmaschinenbauer verzeichnet viertel so viele Aufträge wie im Vorjahr ..... 6

**Nestlé:** Der Lebensmittelhersteller hält das Tempo hoch – und die Aktien ebenso ..... 8

**Huber+Suhrer:** Der Kabel- und Verbindungstechnikhersteller plant erstmals einen Aktienrückkauf ..... 8

**Inficon:** Engpässe in Kapazität und Beschaffung verhindern im dritten Quartal noch bessere Zahlen ..... 8

**EQT:** Der CEO des schwedischen Private-Equity-Spezialisten wartet mit guten Zahlen auf ..... 9

**ABB:** Lieferschwierigkeiten bremsen das Umsatzwachstum des Industriekonglomerats angebotsseitig ..... 9

**GAM:** Der angeschlagene Asset-Manager schafft auch im dritten Quartal keine Trendwende ..... 9

**Credit Suisse:** Die Grossbank gerät ins Kreuzfeuer der Regulatoren. Die Folge: Bussen und Rügen ..... 10

**Roche:** Das Pharmahaus gleicht das Schrumpfen des US-Geschäfts aus. Diagnostik treibt das Wachstum ..... 10

**Deutsche Touristikwerte:** Nicht alle aus der Branche haben die Corona-krise schadlos überstanden ..... 11

**Kühne + Nagel:** Der Logistikdienstleister profitiert vom Chaos in den globalen Lieferketten ..... 11

**Hot Corner:** Aggressive Preise und attraktive Produkte werden Campari weiter wachsen lassen ..... 11

**Blockchain:** Die Blockchain-Technologie wird nicht verschwinden, das wurde am FuW-Forum klar ..... 12

Märkte

**EZB:** Die Notenbank muss auf die Erwtzung rapide steigender Leitzinsen reagieren ..... 15

**Ressourcenmangel:** Alles ist knapp: von Containern und Energie über Arbeitskräfte und Rohstoffe bis zu Halbleitern. Das hat Folgen ..... 16, 17

**Immoserve:** Ende Jahr heisst es «Adieu, Libor-Hypothek». Der Markt hat sich schon angepasst ..... 18

**Pensionskassen:** Die Schweiz rangiert global im Mittelfeld, weil die Vorsorge zu grosszügig ist ..... 19

**Indexing:** Am FuW-Forum erklärten Pensionskassen, wie sie mit Indexanlagen durch die Baisse kamen ..... 21

Monitor

**Märkte:** Aktienbörsen testen Höchststände, doch Inflationsängste und Engpässe prägen die Stimmung ..... 28

**Schweiz:** Der Schweizer Aktienmarkt kommt die dritte Woche in Folge voran. Roche leuchtet zurück ..... 27

**Obligationen:** Cembra Money Bank platziert eine neue Anleihe mit einem Zins von 0,4175% ..... 24

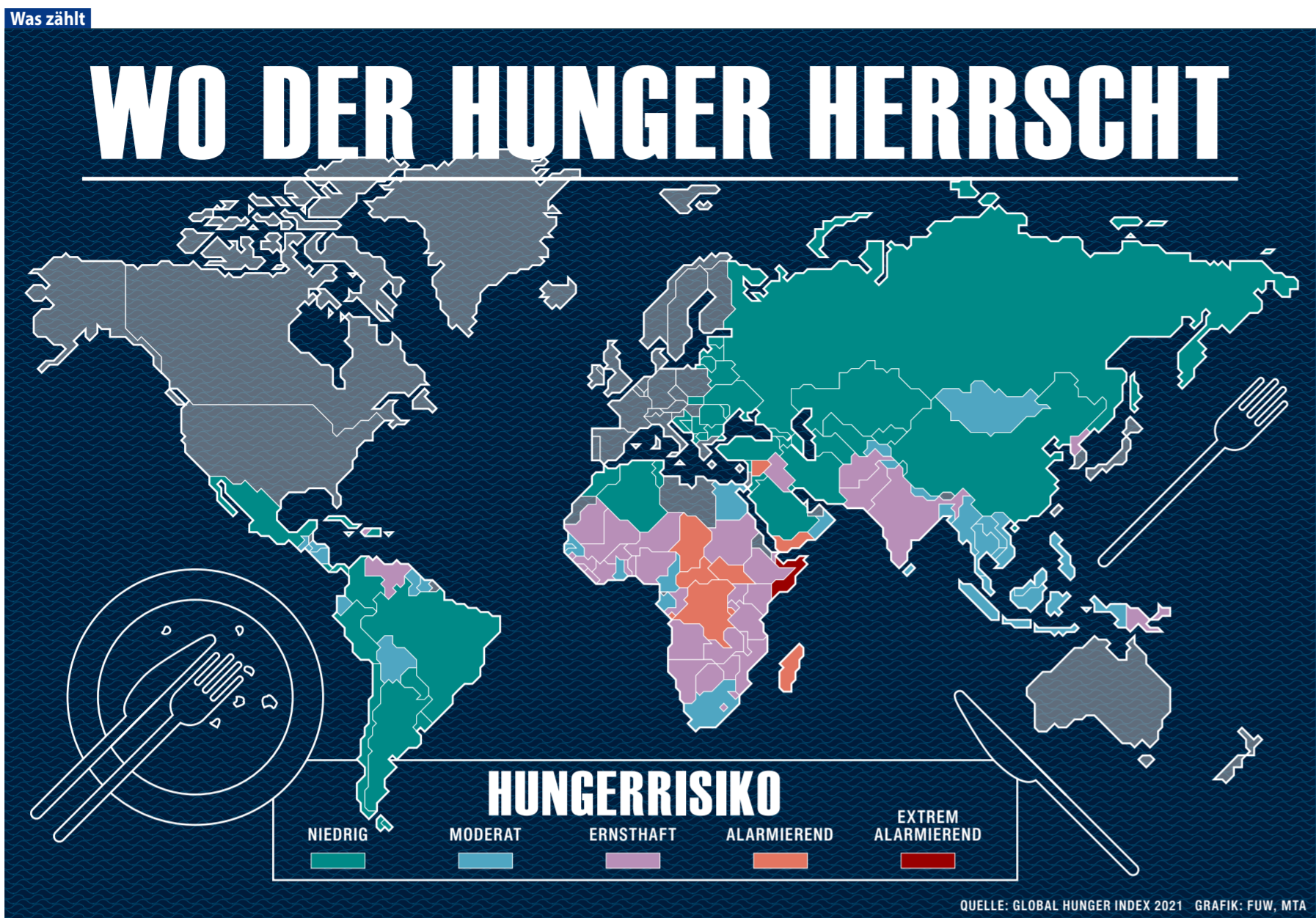
**Edelmetalle:** Die Furcht vor Stagflation ist dem Goldpreis vorübergehend eine Stütze ..... 23

Neuemissionen Derivate

Callable Multi BRC auf AMS, Dufry und Zur Rose (Leonteq) ..... 7

Kontakt

redaktion@fuw.ch | verlag@fuw.ch  
 abo-zeltung@tamedia.ch  
 AZ 8021 Zürich, Telefon 044 248 58 00  
 Abo-Service 044 404 65 55  
 Fax Redaktion 044 248 58 15  
 Fax Verlag 044 248 59 15  
 Fax Abo-Service 044 404 69 04  
 www.fuw.ch



Es sind immer noch 47 Länder, die ein erhebliches Hungerrisiko plagt (hier in Lila, Orange, Rot). Ins Auge fällt vor allem Afrika – ab Sahel bis an die Grenzen Südafrikas, je zentraler, desto bedenklicher. Verheerend ist die Lage im «Failed State» Somalia. Fast der ganze indische Subkontinent darft, nach wie vor. Indien, das bald das bevölkerungsreichste Land der Welt sein wird (oder schon ist), weist gemäss dem aktuellen Global Hunger Index GHI ein ernsthaftes Hungerrisiko auf,

trotz des Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren. In China hingegen ist das Hungerrisiko nur noch niedrig, eine historische Leistung, die zur Stabilität und Legitimität des kommunistischen Regimes beiträgt. Kein Hungerproblem haben Nordamerika, Japan und Australien. Der Gegensatz vom satten Süd- zum unterernährten Nordkorea sagt alles. Auf den amerikanischen Kontinenten geht es, seit jeher, Haiti lausig; der boliviarische Sozialismus hat nun auch dem

öleichen Venezuela leere Teller beschert. Kein Hungerrisiko kennt in Südamerika allein Französisch-Guayana – ein Teil des Gourmand-Mutterlandes Frankreich. In Syrien zeigen sich die Folgen des endlosen Bürgerkriegs. In Libyen bspw. neigt man nicht etwa zur Leibesfülle, es liegen bloss keine Daten vor. Welthungerhilfe und Concern Worldwide kalkulieren den GHI jährlich nach Messgrössen wie Kindersterblichkeit, Verfügbarkeit und Qualität von Nahrungsmitteln. **MR**

«Polexit» oder «Huxit» – keine gute Idee

Ein Bruch der Europäischen Union mit Polen oder Ungarn wäre ein strategisches Desaster, für alle Beteiligten. Deshalb lieber zwei Störenfriede im Klub als ein Vakuum in Zentraleuropa. **MANFRED RÖSCH**

Polak, Węgier – dwa bratanki», das ist ein Vers aus einem polnischen Couplet, wohl aus dem 18. Jahrhundert, auf die traditionelle Verbundenheit mit Ungarn. Die Gefühle sind gegenseitig: «Lengyel, magyar – két jó barát», sagen die Magyaren; sinngemäss: Polen und Ungarn sind Brüder.

In beiden Ländern stehen Statuen und hängen Plaketten, die davon zeugen, dass man sich zugetan ist. So findet sich mitten in Budapest ein Standbild des polnischen Feldherrn Józef Bem (1794–1850). Bem kämpfte zunächst in der geteilten und fremdbeherrschten Heimat gegen die Russen, dann in Ungarn gegen die Habsburger.

Das sind Reminiszenzen, doch die Geschichte wirkt fort. Das ersieht sich heute etwa daran, dass sich Warschau und Budapest innerhalb der EU gegenseitig stützen, notfalls mit dem Veto. In beiden Ländern zeigen die Mächtigen autoritäre Tendenzen; namentlich stellt sich die ernste Frage, wie unabhängig die Justiz in Polen und Ungarn noch ist. Dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán wird auch vorgeworfen, die Presse gleichgeschaltet zu haben (eine Mahnung an die Schweiz übrigens, es mit der Nähe der Medien zur Regierung nicht zu übertreiben).

EU-Architektur überdenken

Gerade eben hat Polens Verfassungsgericht befunden, dass EU-Recht nicht vor nationalem Recht geht, was in Brüssel folgerichtig für Entsetzen sorgt: Da wird der Glaubenssatz der immer engeren Integration grundsätzlich infrage gestellt. Allerdings liesse sich das auch als Anlass dafür sehen, die zu starke Architektur der EU zu überdenken und allenfalls zu flexibilisieren. Exakt mit «fremden Richtern» hat ja auch das Nichtmitglied Schweiz grösste Mühe.

In der EU werden Drohungen laut, die milliardenschwere Umverteilung nach

Polen und Ungarn zu stoppen. Unvermeidlich: Die Neologismen «Polexit» und «Huxit» machen die Runde, Rauswurf oder Austritt Polens und/oder Ungarns. Nach dem Rauschmiss rufen, ziemlich leichtfertig, manche Medien, doch auch etwa der niederländische Premier Mark Rutte, der sagt, Ungarn habe keinen Platz mehr in der EU. Orbán ist, noch mehr als Polens

«Polens Trauma sind die Teilungen, das ungarische heisst Trianon.»

starker Mann Jaroslaw Kaczynski, in Brüssel eine «Bête noire». Zu allem Elend geschäuft er ungerne mit Russlands Machthaber Vladimir Putin (dass Deutschland dies mit der Ostsee-Gasleitung auch tut, sei nur nebenbei erwähnt). Orbáns Konzept der «liberalen Demokratie» ist tatsächlich alarmierend und in sich widersprüchlich – just darin freilich verwandt mit dem weiter westlich als schick geltenden «Linksliberalismus».

Eine tiefere Ursache des gegenseitigen Fremden ist das, dass die ehemaligen Ostblockländer «1968» ganz anders erlebt haben als die EU-Stammlande. Während im Westen wohlgenährte Studenten für allerlei sozialistische Phantasmen den Marsch durch die Institutionen (so benannt der immer engeren Integration grundsätzlich infrage gestellt. Allerdings liesse sich das auch als Anlass dafür sehen, die zu starke Architektur der EU zu überdenken und allenfalls zu flexibilisieren. Exakt mit «fremden Richtern» hat ja auch das Nichtmitglied Schweiz grösste Mühe. In der EU werden Drohungen laut, die milliardenschwere Umverteilung nach

Für Polens starken Mann, Jaroslaw Kaczynski, ist Putin der Feind schlechthin. Es ist nicht schwer, aus Polens leidvoller Geschichte den Generalbass seiner Aussenpolitik herauszuhören: unbedingt die nationale Souveränität erhalten. Die expansionistische Neigung des Kremles wird in Warschau nüchterner erkannt als in manchen zum Pazifismus neigenden Staaten der alten EU; das wäre auch unter einer anderen Regierung so. Der Beitritt zur Nato war für Polen denn auch mindestens so wichtig wie derjenige zur EU – der, kein Zweifel, entscheidend zu bewundernswertem Wirtschaftswachstum verholfen hat. Für einen Austritt aus der EU gibt es weder in Polen noch in Ungarn eine öffentliche Mehrheit, doch den Nationalstaat in der EU allmählich aufgehen lassen, kommt beiderorts überhaupt nicht infrage. Das irritiert manche auf postnational gebürtete Eliten im Westen.

Zudem wäre ein Bannstrahl in Richtung Budapest oder Warschau geschichtsvergessen und undankbar. Ungarn war der geplagte Puffer zwischen dem Abendland und den Osmanen, Polen fand sich immer wieder zwischen Hammer und Amboss. Man lese übrigens nach, wovor König Jan Sobieski (1683) und Marschall Józef Piłsudski (1920) Europa bewahrten.

In Polen setzte um 1980 das Ende der europäischen Teilung ein, mit der Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc; zudem war der polnische Kardinal Karol Józef Wojtyła zum Papst gewählt worden. Die Völker hörten die Signale. Schon im April 1989 begann Ungarn damit, die rostenden Zäune an der Westgrenze abzubauen. Im Juni dann durchschnitten Ausserminister Gyula Horn und sein österreichischer Kollege Alois Mock bei Sopron (Ödenburg) symbolisch den «Eisernen Vorhang». Ausgerechnet dort wieder eine innereuropäische Abgrenzung vorzunehmen – keine gute Idee.

Wie sich die Spannungen lösen lassen? Auf Zeit spielen. Im Westen wird bestimmt auf eine Abwahl Orbáns und Kaczynskis

Facebook ist angreifbar

Wettbewerbsökonomisch spricht nichts für eine Aufspaltung von Facebook in Netz und Betrieb. Die Kunden können Facebook jederzeit zugunsten anderer Alternativen fallen lassen. **MARKUS SAURER**

Vor kurzem hat ein Professor für Finanzwissenschaften in diesen Spalten dafür plädiert, die Netzwerkinfrastruktur und die redaktionellen Rolle sozialer Medien regulatorisch zu trennen (Luigi Zingales, «Soziale Medien – aufspalten statt auflösen»). Das Netzwerk sei ein natürliches Monopol, bei dem man – wie bei jedem natürlichen Monopol – für den Zugang der Nutzer zu einem regulierten Preis sorgen müsse. Damit könne,



«Ein monopolistischer Flaschenhals liegt mit Sicherheit nicht vor.»

Dieser Beitrag hat mich an ein empfehlenswertes Buch der Spieltheoretiker Barry Nalebuff und Ian Ayres erinnert: «Why Not? – How to Use Everyday Ingenuity to Solve Problems Big and Small» (Harvard Business School Press, Boston 2003). Die Autoren stellen fest, dass wir für gewöhnlich Probleme identifizieren und dann nach Lösungen suchen. So hätten sich über die Jahre viele gute Lösungen für gewisse Probleme angesammelt, die auch noch zur Lösung anderer Probleme geeignet seien. Darum sollten wir jetzt vermehrt nach geeigneten neuen Problemen für bereits bewährte Lösungen suchen.

Dass es ihnen nicht um Satire geht, zeigen Nalebuff und Ayres mit einer Reihe von Problemen, die sie selbst für einige Lösungen gefunden haben. Sie fragen sich beispielsweise, welche Transaktionsprobleme man mit Nutzeranfragen, wie sie etwa für Telefonsex entrichtet werden, auch noch lösen könnte. Diese Dienste haben offenbar einen Nutzen für den Anrufer, dass er dafür zahlt. Auch Telefonumfragen oder Telefonwerbung haben für die Anrufer einen Nutzen, stellen aber für viele Angerufene ein Ärgernis mit negativem Nutzen dar, weshalb sie das Gespräch verweigern. Mit einer Entschädigung der zu Befragenden oder zu Bewerbenden könnte die Gesprächsbereitschaft aber durchaus hergestellt werden. Diese Lösung wird heute bei Umfragen gelegentlich praktiziert, erstaufrichterweise aber noch kaum in der Telefonwerbung.

Pionier in zweiseitigem Markt

Beim Beitrag Zingales «gewinnt man in der Tat den Eindruck, er habe nach einem Problem gesucht, das man auch noch mit der bekannten, durchaus bewährten Lösung der Aufspaltung von Stromerzeugung und Stromnetz lösen könnte. Er glaubt, bei den sozialen Medien,

bei Facebook, fündig geworden zu sein. Facebook werde durch ein Geschäftsmodell «verbogen, das den Profit maximiert, indem es die verrücktesten, auftrübslichsten Ideen» fördere.

Wenn wir dies in wettbewerbs- und netzökonomischen Charakteristika interpretieren, dann hat Facebook als Anbieter der ersten Stunde natürlich auch die ersten Nutzer angezogen. Daraus haben sich sehr schnell inhaltlich immer vielfältigere Freundeskreise und Gruppen ähnlicher Meinungen («Echogruppen») ergeben, was wiederum einen sich beschleunigenden Zug weiterer Nutzer und die Bildung weiterer Nutzergruppen nach sich gezogen hat (Netzwerkeffekte auf Nutzerseite). Die Facebook-Plattform ist ein zweiseitiger Markt, auf dem Facebook nicht nur für die Nutzer, sondern auch für die Werber Leistungen erbringt. Es muss hier kaum weiter erörtert werden, dass mit der lawinenartigen Zunahme der Nutzer auch der Werberwert der Plattform exponentiell zugenommen hat (Netzwerkeffekte in Bezug auf die Werbung).

Die Pionierstellung und die zweiseitigen, positiv gekoppelten Netzwerkeffekte auf Nutzer- und Werberseite erklären die aktuell führende Marktstellung von Facebook, die an einen «Winner takes it all»-Wettbewerb erinnert. Die von Zingales unterstellte «aktive inhaltliche Förderung der verrücktesten, auftrübslichsten Ideen» auf der Nutzerseite durch Facebook war dazu weder notwendig noch ersichtlich. Dagegen hätte eine aktive, arbiträre inhaltliche Behinderung gewisser Themen oder Meinungen durch Facebook (Selbstbeschränkung) oder auch durch einen staatlichen Regulator die Entwicklung von Facebook sicher abgebremsert.

Es ist nicht zu bestreiten, dass sich in Facebook und in anderen sozialen Medien – wie im Internet generell (z.B. Darknet) – auch üble Gruppen gebildet haben, die verwerfliche bis illegale Inhalte verbreiten. Diese sind der staatlichen Führung wie auch gewissen Mainstreams in der Öffentlichkeit und in der Presse offenbar mehr als ein Dorn im Auge. Entsprechend gibt es einen Druck, soziale Medien in Bezug auf Inhalte und Datenschutz zu regulieren. Dies darf aber nicht einfach im Sinne eines Zwangs durch Mehrheiten, sondern muss unter Wahrung der grösstmöglichen Meinungsfreiheit verfassungskonform geschehen. Diese Bedingung wird heute mit Selbstbeschränkungen oder «Privatsensur» sozialer Medien – in der Schweiz etwa bei den Themen Covid-19, Klimapolitik, Energiepolitik – immer stärker «angeritzt». Allerdings ist nicht ersichtlich, wie dieses Problem mit einer technisch-

ökonomischen und institutionellen Aufspaltung à la Stromerzeugung und Stromnetz verändert oder gar gelöst würde. Zingales hat sich für seinen Lösungsvorschlag ein unpassendes Problem ausgewählt.

Die Stromerzeugung wäre sui generis national und international kompetitiv. Dass sie in der Schweiz nicht liberalisiert ist, liegt nicht daran, dass sie sich nicht liberalisieren liesse, sondern am Fehlen des politischen Willens dazu. Die Stromübertragung und -verteilung, das Stromnetz, ist hingegen ebenso sui generis keine kompetitive Angelegenheit, sondern effektiv ein nicht angreifbares (stabiles) natürliches Monopol. Die Stromerzeugung wurde bereits davon abgespalten, damit sich das Monopol nicht auf sie ausdehnt. Jetzt müsste sie aber auch noch richtig dem Wettbewerb geöffnet werden. Facebook ist dagegen eine Suprastruktur, bestehend aus Programmen und Servern sowie mehrseitigen Kunden, die physisch über terrestrische und mobile Leitungen von Telekommunikationsunternehmen und logisch über das Internet, also über diverse Infrastrukturen von Facebook völlig unabhängigen Drittunternehmen verbunden sind. In Verbindung mit den zweiseitigen Netzwerkeffekten und den enormen angefallenen Datenerträgen weist Facebook eventuell durchaus Charakteristika eines natürlichen Monopols auf. Ein nicht angreifbares natürliches Monopol – ein «monopolistischer Flaschenhals» liegt aber mit Sicherheit nicht vor.

Vielfältige Konkurrenz

Es ist vielleicht nicht «schön», dass Facebook trotz führender Stellung die Übernahme der sozialen Medien WhatsApp und Instagram gestattet wurde. Trotzdem stehen den Kunden immer noch viele weitere mit Facebook vergleich- und damit ersetzbare konkurrierende soziale Suprastrukturen zur Verfügung, so etwa Twitter, YouTube, Telegram, Signal, LinkedIn oder Xing. Freundeskreise und Interessengruppen können sich auch immer leichter über eigene Websites mittels Blog oder über Videoplattformen wie Zoom, Teams, Google Chat/Hangouts usw. austauschen. Dazu kommen immer mehr Onlinezeitschriften, auf denen reger kommentiert wird. Daraus folgt, dass wettbewerbsökonomisch auf eine Aufspaltung in Netz und Betrieb von Facebook – wie immer der Betrieb oder die redaktionelle Rolle auch definiert werden mag – verzichtet werden sollte. Die Kunden tummeln sich heute ohnehin schon auf verschiedenen sozialen Plattformen und können auch Facebook jederzeit zugunsten anderer Alternativen fallen lassen. Wenn übrigens Facebook mit der Mainstreamzensur weitermacht wie in jüngster Zeit, dann würde ich einen solchen Exodus der Kunden nicht ausschliessen.

Markus Saurer ist selbständiger Ökonom und Vorstandsmitglied im Carnot-Cournot-Netzwerk für Politikberatung in Technik und Wirtschaft.

Mangelwirtschaft

Die Autohersteller waren die Ersten, die wegen des Chipmangels Alarm schlugen. Doch sie sind längst nicht mehr die Einzigen, deren Produktionspläne wegen fehlender Rohmaterialien durcheinandergerüttelt werden. Diese Woche präsentierten Rieter und ABB Quartalszahlen und volle Auftragsbücher, warnten aber, dass sie Mühe haben werden, die Bestellungen zu erfüllen: Es fehlen nicht nur Halbleiter, sondern die ganze Logistikkette bereitet Kopfschmerzen, genauso wie die Situation am Arbeitsmarkt. Die beiden Industrieunternehmen sind keine Einzelfälle. «Lieferengpässe sorgen für schwächstes Wirtschaftswachstum seit sechs Monaten», titelt IHS Markit am Freitag zum Rückgang der Eurozone-PMI-Frühindikatoren. Die Störung in den Lieferketten lasse sich so schnell nicht beheben und führe «unweigerlich» zu höheren Preisen – in allen Branchen.



MARA BERNATH Redaktorin zum Thema Knappheit

Alle Seiten versuchen, die negativen Auswirkungen der Knappheit zu minimieren: China legt Fabriken still, um Energie zu sparen. Im Vereinigten Königreich fahren Soldaten Lastwagen. Russland schränkt den Weizenexport ein. Bauern säen keinen Mais mehr an, weil Dünger zu teuer ist. Verlage leeren ihren Papiervorrat.

Doch das ist alles Symptombekämpfung. Wer Engpässe in den Lieferketten als «kurzfristig» abtut, ist zu optimistisch. Bis das komplizierte globale Geflecht wieder reibungslos funktioniert, wird es Monate dauern. Die Konjunkturaussichten hellen sich eher auf, wenn die Knappheiten behoben sind. Anpassungen wie Reshoring, höhere Löhne für unpopuläre Arbeiten oder die Abkehr von der Just-in-Time-Produktion bleiben uns vielleicht auch danach erhalten.

Fünf nach zwölf bei Credit Suisse

Die Grossbank muss endlich handeln. **BEATRICE BÖSIGER**

Es sind scharfe Worte, die die Finna gegenüber Credit Suisse gefunden hat: Von «gravierenden organisatorischen Mängeln» spricht der Regulator. Bei der Beschaffungsaffäre habe die Grossbank im betroffenen Sicherheitsbereich «keine Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit» geboten. Das zeuge von einer «unangemessenen Unternehmenskultur» bei Teilen der damaligen CS-Geschäftsleitung (vgl. Seite 10).

Auch wenn die Abarbeitung eines Teils ihrer Altlasten für die Bank in einem ersten Schritt positiv zu werten ist: Einen Schlussstrich unter «Spionage» zu ziehen, wie es die Grossbank nun gerne möchte, lässt das Fazit der Finna aber nicht zu. Zum einen, weil sie Credit Suisse zu teils schmerzhaften weiterführenden Massnahmen verpflichtet hat. Zum anderen aber auch, weil sich die Observation von eigenen Mitarbeitern (wie dem ehemaligen Starbanker Iqbal Khan) in eine ganze Reihe von Affären einreihet: Es geht um das kollabierte Family Office Archegos, die Lieferkettenfinanzierungsfonds von Lex Greensill oder auch die Mosambik-Kredite, wozu die Finna, ebenfalls gestern, ihr Enforcementverfahren abgeschlossen hat.

All diesen Tatbeständen liegt zugrunde, dass die Grossbank Risiken falsch eingeschätzt hat. Keine wirkliche Überraschung: Auch der Regulator hat das Risikomanagement von Credit Suisse nicht zum ersten Mal an den Pranger gestellt. Bereits 2018 hat die Finna die Bank wegen eines anderen

Falls gerügt. Anschliessend hat CS in ein hochklassiges neues Risikomanagementsystem investiert – leider vergebliche Liebesmüh. Immer wieder hat es sich seit damals gezeigt, dass es im Unternehmen selbst an einer entsprechenden Risikokultur fehlt.

Klar ist, die hier aufgezählten Fälle haben sich noch unter der Ägide der vorherigen CS-Führung unter CEO Tidjane Thiam und Verwaltungsratspräsident Urs Rohner ereignet. Seine Hände in Unschuld waschen kann aber auch das neue Tandem an der Spitze, Thomas Gottstein und António Horta-Osório, nicht. Am Zug ist jetzt der Präsident. Er hat mitgeteilt, mit der problematischen Attitüde der Bank in Bezug auf Risiko aufzuräumen zu wollen.

Ob sich das auch in der neuen Strategie der Grossbank spiegelt, die er bis Jahresende präsentieren will, bleibt abzuwarten. Der Präsident wäre jedoch gut beraten, seinen Worten möglichst bald Taten folgen zu lassen, allein schon, um Anlegern Klarheit über den Kurs von Credit Suisse zu verschaffen.

In den ersten Tagen der Coronakrise 2020 hat die Grossbank es vermocht, sich als eine der treibenden Kräfte hinter dem Covid-19-Kreditprogramm des Bundes zu positionieren. Das von der Finna gefällte Urteil zeigt aber, dass die Mängel bei der zweigleisigen Schweizer Bank schon zu lange überwiegen. Bis Mitarbeiter und die Öffentlichkeit wieder sicher sein können, dass man bei der Bank den eigenen Worten auch nachlebt, dauert es wohl noch lange.